

Berliner Tageblatt



Mittwoch, 14. Juli 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 328

und Handels-Zeitung

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Englands Hilfe für Frankreich.

„Stabilisierung durch Schuldeneinigung.“

Das Urteil der englischen Presse. — Vorwürfe gegen Amerika.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

London, 14. Juli.

Die Presse spricht von dem französisch-englischen Schuldeneinvernehmen keineswegs entzweit. Trotzdem wird aber allgemein ausgegeben, daß das Liebereinvernehmen eine Regelung des Schuldeneinvernehmens bedeute, das Frankreich, wie auch England gewisse Vorteile biete. Ja, es ist vielleicht nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Presse von der Gaillaux-Churchillschen Schuldeneinigung durchaus befriedigt sein würde, wenn nicht das englisch-amerikanische Schuldeneinvernehmen da wäre. Es ist daher interessant, festzustellen, daß wiederholt gegen Amerika der Vorwurf erhoben wird, daß es aus seiner Schuldeneinigung mit seinen früheren Alliierten ein gutes Geschäft gemacht habe. Andererseits wird aber durchaus mit Recht betont, daß England mit Anerkennung des Schuldeneinvernehmens und insbesondere mit Anerkennung der von Frankreich verlangten Sicherheitsklausel, diesem einen erneuten Beweis seiner Freundschaft gegeben hat, da es angesichts der außerordentlich hohen englischen Jahreszahlungen an die Vereinigten Staaten erneute Opfer von den englischen Steuerzahlern verlangt. „Times“ betonen, daß, obgleich Churchill getrieben im Unterhause zugeben mußte, daß das Liebereinvernehmen keineswegs mit Begeisterung von dem britischen Steuerzahler begrüßt werden könne, es schließlich doch von der Allgemeinheit gebilligt werden würde. Da England in der Hauptsache von internationalen Handel und von seiner Industrie lebe, so sei es vor allen Dingen an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilisierung des Festlandes interessiert. Während der letzten Jahre seien Anträge hierzu gemacht worden. Im Augenblick werde aber diese wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch das fortgesetzte Fallen des Francs ernstlich bedroht. Der englische Handel habe außerdem durch den abnehmenden französischen Wettbewerb, der durch die niedrige französische Valuta hervorgerufen werde, gelitten. Die **Vorbedingung für die Stabilisierung der französischen Währung sei nun aber zunächst einmal die Regelung der französischen Schulden.** Wenn man das Schuldeneinvernehmen von diesem Standpunkt aus betrachte, so werde man es als finanziellen wie als politischen Grund durchaus billigen müssen. „Times“ bedeuten nur, daß der Wortlaut der zu dem Liebereinvernehmen gehörigen beiden wichtigen Briefe Gaillaux' und Churchills, durch die eine **Verdichtung des unterzeichneten Schuldeneinvernehmens** möglich gemacht wird, nicht die notwendige Klarheit aufweise. Das Blatt hofft aber, daß beide Finanzminister sich über die Auslegung des Wortlautes der beiden Briefe im klaren find. Mehrfach sprechen sich auch „Daily Telegraph“ und „Morning Post“ über das englisch-französische Schuldeneinvernehmen aus. Beide Blätter hoffen, daß es Gaillaux ermöglichen wird, die ersten vorbereitenden Schritte zur Wiederherstellung der französischen Währung zu unternehmen. „Daily Mail“ schreibt, das Liebereinvernehmen beweise, daß es von englischen Staatsmännern abgeschlossen sei, die wüßten, wie außerordentlich schwer Frankreich durch den Krieg gelitten habe. „Daily Mail“ greift besonders scharf die Schuldeneinigung der Vereinigten Staaten an. Es sei nicht angemessen, schreibt das Blatt, daß die große Mehrheit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten sich klar mache, daß England Amerika eine Milliarde Fund zurückzahle, die es von ihm als seinem Alliierten geborgt habe. Jeder Penny dieser Milliarde sei überdies noch dazu verworben worden,

um von den Vereinigten Staaten Material zu Preisen zu kaufen, die von der amerikanischen Regierung festgesetzt waren. Diese eine Milliarde Fund werde jetzt in Gestalt von englischen Waren oder englischem Gold den Vereinigten Staaten zurückgegeben. England habe den Standpunkt vertreten, daß es schwer sei, von seinen Alliierten und früheren Kriegsgenossen Gelder, die für die gemeinsame Sache gegeben worden seien, zurückzuverlangen. England habe 1920 den Vorschlag gemacht, daß alle alliierten Kriegsschulden getilgt werden sollten. Die Vereinigten Staaten hätten aber diesen Vorschlag zurückgewiesen, und es habe keine aus tausend Wunden blutende, mit schweren Kriegsschulden belasteten Alliierten so behandelt, als ob es sich bei der ganzen alliierten Schuldeneinigung vor allem darum handele, aus ihr ein gutes Geschäft zu machen. „Daily Express“ behauptet neben dem englischen Steuerzahler vor allem, daß das Liebereinvernehmen noch nicht vollständig sei. Der Schatzkanzler müsse unverzüglich erklären, was mit dem französischen Golddepot werden würde. Er müsse im Unterhause eine Erklärung darüber abgeben, ob England es behalte oder es an Frankreich zurückgeben werde. Die Stellungnahme der liberalen Presse weiß der Kritik des Schuldeneinvernehmens keine neuen Gesichtspunkte hinzuzufügen. Auch sie bedauert den englischen Steuerzahler, greift Amerika an und hofft, daß die Schuldeneinigung zur Stabilisierung des Francs und damit zur Verminderung des französischen Wettbewerbs führen wird. Selbst der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, man könne sich mit dem Schuldeneinvernehmen zufrieden geben, wenn man die Gewissheit habe, daß es dem französischen Arbeiter zugute kommen werde, und daß es nicht gerade von ihm ernüchtert werden werde.

Paris, 14. Juli.

Die französische Presse nimmt das Schuldeneinvernehmen mit England im ganzen mit Befriedigung auf. Unzufrieden sind nur die Blätter der Rechtsopposition, besonders „Avenir“ und „Gaulois“. Aber auch in ihren Artikeln wird die Schärfe der Kritik mehr durch die Sorge um die Zukunft veranlaßt, als durch die Erwägung, daß in der Gegenwart Besseres erreicht werden könne. Im „Echo de Paris“ gibt Perrinax zu, daß ein großer grundsätzlicher Vorteil erreicht worden sei, weil zum ersten Male von einer Gläubigermacht der Zusammenhang der französischen Zahlungen mit den deutschen Reparationsleistungen offiziell anerkannt worden sei. Das Abkommen mit England sei erheblich besser als der zwischen Mellon und Berenger abgeschlossene Vertrag mit Amerika. Unter den jetzigen Verhältnissen hätte Besseres nicht erreicht werden können. Die linksradikale „Volonté“ empfindet den Abschluß des Londoner Vertrages als einen Trost. Die „Journée Industrielle“ hält das neue Abkommen für „unbestreitbar besser“ als den Vertrag mit Washington. „Mappet“, „Canterne“ und andere kleinere Zeitungen fordern die Kammer auf den Vertrag zu ratifizieren, damit die Stabilität der Regierung gesichert werde. Der „Matin“ schreibt: Die Gerechtigkeit verlangt es, anzuerkennen, daß Gaillaux die Interessen Frankreichs gut verteidigt und alles erreicht hat, was jetzt zu erreichen möglich war.“ Der „Matin“ hält es für notwendig, daß jetzt die Länder mit geschwächter Währung sich über eine solidarische Finanzpolitik verständigen, damit die Verhandlungen mit Amerika, die bald beginnen werden, nach einheitlichen Gesichtspunkten geführt werden können. Die Europareise des Staatssekretärs Mellon werde in dieser Hinsicht von großer Wichtigkeit sein. Dieses Urteil der Zeitungen bestätigt den Eindruck in den parlamentarischen Kreisen. Der persönliche Erfolg des Finanzministers Gaillaux und seines Adjutanten, des Unterstaatssekretärs Dubois, ist sicher, und wird wahrscheinlich auch in der Kammerdebatte seine Wirkungen zeigen. Gaillaux hatte gestern Abend mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, und den Direktoren der großen Privatbanken eine Konferenz über die finanzielle Lage,

Die internationale Finanz und Frankreich.

Die französisch-englischen Schuldeneinvernehmungen. — Der neue französische Bankpräsident. — Großer Kreditbedarf Frankreichs.

Telegramm unseres Londoner Wirtschaftsbereichters

Günther Stein.

London, 14. Juli.

Die „internationale Finanz“ hat einen neuen Sieg errungen. Sie hat damit denen, die nicht an das Bestehen einer solchen Macht mit einheitlichem Willen und einheitlichem Ziele glauben, wieder einmal ihre Existenz bewiesen, und sie hat jenen, die wegen ihres geheimnisvoll erscheinenden Wirkens die schädliche Macht der Finsternis in ihr sehen, ein neues Beispiel dafür gegeben, daß sie zwar vielleicht gelegentlich das Böse will, — wenn man die rücksichtslose Wahrnehmung ihrer internationalen Geschäftsinteressen durchaus mit einem moralischen Maßstab werten muß — daß sie aber doch oft das Gute schafft, und zwar gerade in Augenblicken, in denen die rein nationalen Mächte verjagen.

Wenn die Stellung Gaillaux durch das günstige Ergebnis seiner Londoner Schuldeneinvernehmungen so sehr gestärkt worden ist, daß seine Aussichten als Finanzdiktator und wirtschaftlicher Retter Frankreichs sich wesentlich verbessert haben, so ist dies im Grunde kein Erfolg seiner Persönlichkeit, sondern ein Erfolg dieser imaginären Macht, die man als „internationale Finanz“ bezeichnet und die noch immer ihr geistiges Zentrum in der Londoner City hat. Churchill hat zweifellos nicht in seiner eigenen Initiative als englischer Schatzkanzler gehandelt, indem er seinen ersten Konzeptionen an den französischen Schuldner nun weitere Zugeständnisse hinzugefügt hat, sondern er hat offenbar auf den Rat von Bankleuten gehört, die in der wohlwollenden Handhabung der Kriegsschuldeneinfrage eine notwendige Unterstützung Gaillaux erblickten, den sie auf Grund seiner Persönlichkeit für den geeigneten Vollstrecker ihres Willens zur internationalen Finanzanleiherung halten.

Der Einfluß der Londoner City auf den Kampf um die finanzielle Wiederherstellung Frankreichs ist hiermit nicht erschöpft. Er ist ferner zu erkennen in der Abfertigung des Gouverneurs der Bank von Frankreich durch Gaillaux. Keine Regierung, deren Land für die nächste Zukunft so stark auf ausländische Kredithilfe angewiesen ist, wie Frankreich, hätte es wagen können, derartig in die Selbstständigkeit der Zentralnotenbank einzugreifen — die der „internationalen Finanz“ ein unantastbares Ideal und die erste Garantie für die Kreditwürdigkeit eines Landes ist —, wenn nicht deren prominente Vertreter selbst einen Wechsel in der Bankleitung für wünschenswert oder erforderlich hielten. Daß dies vor allem in London, aber auch in New-York der Fall gewesen ist, war fast langen ein offenes Geheimnis und hat sich deutlich erwiesen in der Art, in der die Nachricht von der Erhebung Robineaus durch Moreau in den beiden Citys aufgenommen wurde. Die Notenbankpräsidenten der großen Wirtschaftsstaaten haben, wie sich immer deutlicher zeigt, nach den finanziellen Erschütterungen des Krieges eine Bedeutung als internationaler Machtfaktor gewonnen, die vor zwölf Jahren undenkbar war, und die auch ihre Stellung innerhalb der eigenen Wirtschaft außerordentlich vergrößert und befestigt hat. Mantaqu Norman in England, Benjamin Strong in den Vereinigten Staaten, Schacht in Deutschland, Wissinger in Holland — alles Männer, denen selbst ihre Feinde ungemöhnliche Fähigkeiten nicht abpredigen können — tun seit Jahren im stillen und mit sichtbarem Erfolge dieselbe Arbeit, die in Genf von wechselnden politischen Akteuren versucht wird: die Zusammenführung der Völker auf der Basis ihrer gemeinsamen Interessen. Sie fanden bisher in Frankreich keine Unterstützung in ihren Bemühungen, haben aber offenbar mit dem Nachfolger des Schwachen und halsstarrigen Robineau (der dem Typ Havenstein nicht unähnlich ist) einen neuen wichtigen Bundesgenossen gewonnen.

Nicht nur von Finanzministerium zu Finanzministerium und nicht nur von Notenbank zu Notenbank sind in den letzten Tagen neue Fäden zwischen London und Paris geknüpft worden, die Frankreich allmählich aus der Isolierung der Inflation in die Schicksalsgemeinschaft der finanzierwilligen Weltwirtschaft ziehen können, sondern auch von Privatbank zu Privatbank. Wie vor einem Jahre, als Gaillaux zum ersten Male zu Verhandlungen in London war, werden große Kredittransaktionen vorbereitet, deren Durchführung von nichts anderem als der Ratifizierung des Schuldeneinvernehmens abhängt, und andere, die nach dem Beginn einer ernsthaften Valutastabilisation in Kraft treten sollen. Auch hier zeigt sich die Macht der internationalen Finanz, die in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer kollektiven Interessen selbst die schwersten und einwandfreiesten Privatunternehmen eines Landes mit einer Kreditperre belegt, solange keine Regierung ihre Schulden an das Ausland nicht anerkennt. Bei der kommenden Aufgabe, Frankreich mit großen staatlichen und privaten Sanierungskrediten zu versorgen, wird zweifellos London die führende Rolle spielen, wenn auch New-York möglicherweise wesentlich größere Summen aufbringen wird. Die City glaubt übrigens Anhaltspunkte dafür zu haben, daß auch Berliner Banken — in einem allerdings beschränkten Maße — als gelegentliche Kreditgeber eines

Das französische Nationalfest.

Ausgebungen gegen Primo de Rivera. — Friedensdemonstrationen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 14. Juli.

Das Schauspiel der Truppenparade am Arc de Triompf war schön. Die politische Kritik der Kommunisten hatte schon den ersten Tag angeheult und ausgepöflet. Als der Präsident der Republik an der Seite des Sultans von Marokko langsam die Avenue des Champs Elysées zum Triumpfbogen hinauffuhr, brach zwischen Trommelwirbeln und Trompetengegenschmetter aus der Masse der Zuschauer plötzlich ein Geschrei los: **a bas la guerre, la paix, la paix!** Das freundliche Lächeln des Präsidenten Deumetque erlosch vor Verbunderung. Der Sultan, der aus dem weißen Burmus die braune Hand grüßend zur Stirn erhob, wußte nicht, was diese Begrüßung bedeuten sollte. Es ging auch bald darüber. Beifall überdünnte die Proteste. Aber der Lärm schallte lauter und erbitterter an, als **Primo de Rivera** die von Soldaten gebildete Ehrenstreife passierte. **Jetzt wurde das Geschrei zum Zischen und Pfeifen; Schmäufe erklangen, und die Polizei erhielt Arbeit.** Es waren nur wenige Minuten; aber in dieser kurzen Zeitpaune wurde im hellen Sonnenschein, in Glanz und Freude des Volkfestes, etwas von dem finsternen Grauen des Krieges verpöflet. Der Groll gewaltiger Völker söhnte. Die Welt hat genug vom Krieg. Freiheit wollen die Menschen und Frieden. Die Proteste wiederholten sich, als beim Vorbeimarsch der Truppen die Bataillone aus Marokko kamen. Es waren — das sah ein jeder auf der ersten Blick — erprobte und gepöfete Soldaten, eine Elitebrigade, die ihre Ehre verdient. Aber als die geschweiften Fahnen vorbeigezogen wurden, von Sergeanten in Akazi mit Tropenhelmen auf den Köpfen, von Spahis

in weißen und roten Mänteln, von Senegalnegern mit rotem Fez, da schüllten wieder die Pfeifen und Rufe Klagen: A bas la guerre! Bald aber siegte diesmal die Lieberlegung, daß die Truppe nur ihre Pflicht getan hat, und die heftige Freude, die so viele Franzosen beim Anblick des Militärs empfanden, brach durch, als die fremden Legionäre heranliefen — vielleicht marschieren auch deutsche verlorene Söhne mit in den Reihen — da war der Groll vergessen und die Schreie verstummen im Jubel. Dann kam zum Schluß, als ein bunter Märcheneffekt, die schwarze **Chengarde** des Sultans: hundert Krieger in weißen und blauen Mänteln, in vier Abteilungen auf gleichfarbigen Herden gegliedert, 25 schneeweiße Schimmel, 25 Kappen, 25 Grauschimmel, 25 Füchse; auf ihnen, wie ein Zirkusspiel einstudiert, die schwarzen Reiter, unbeweglich und ernst mit den von grünen Fahnen geschmückten Lanzen. Ein bunter Film, aber außerordentlich wirkungsvoll. Der Polizeibericht meldet **50 Verhaftungen**, eine Schlägerei in der Rue de Tilsit, Ovationen für Briand und Gerriot, Proteste gegen Primo de Rivera.

Verchenfeld Gesandter in Wien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wie ich aus bester Quelle erfahre, ist die Ernennung des Grafen Verchenfeld zum Gesandten in Wien vollzogen.

Wien, 14. Juli.

Wie die offizielle „Politische Korrespondenz“ erfährt, hat die österreichische Regierung das Abgrem zu der Ernennung des Reichstagsabgeordneten Grafen Hugo v. Verchenfeld-Köfering als beauftragten Gesandten in Wien erteilt.